

## In aller Munde

### Die Kölner Silvesternacht und ihre Folgen

Es ist viel gesagt worden zu den Ereignissen in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof. Viel Gutes, viel Schlechtes. Und es hat Folgen. Nicht alle Folgen sind wünschenswert und/oder sinnvoll, auch wenn die Sicherheit der hier lebenden Bevölkerung immer gewährleistet sein sollte. Das schließt Schutz vor sexuellen Belästigungen mit ein. Und das finden wir auch.

Aber war es klug, die Nationalitäten der Verdächtigen zu veröffentlichen? Was ist mit den beteiligten Amerikanern und Deutschen? Kümmern sich Politik und Polizei sonst so sehr um sexuelle Übergriffe und Taschendiebstähle, selbst wenn sie gehäuft auftreten? Und welchen Schaden nehmen gut integrierte ehemalige Zuwanderer aus diesen Ländern, ganz zu schweigen, von denen, die noch kommen und wirklich Schutz brauchen? Was ergibt sich wohl in Zukunft statistisch bei verstärktem „Racial Profiling“ für die betreffenden ethnischen Gruppen?

Reflexhaft will die Regierung die betreffenden Herkunftsländer für sicher erklären. Auch in anderen Fragen fischen die demokratischen Parteien der Mitte nun am rechten Rand, sind doch dieses Jahr schon einige Landtags- und nächstes Jahr auch Bundestagswahlen. Schon ist in allen Medien vom schwindenden Rückhalt der Kanzlerin zu hören, zu sehen und zu lesen, und sie schwingen sich auf zu Königsmachern. Dabei hat Frau Merkel in dieser Frage von Anfang an und lange Rückgrat bewiesen.

Wir Mitarbeiter von ProAsyl haben täglich Kontakt zu Menschen anderer Herkunftsländer. Wir erleben nicht nur keine Gewalt, sondern manchmal ausdrückliche Dankbarkeit. Nicht nur für die Beratung in Asylrechts- oder sozialen Belangen, sondern bisweilen, weil wir ihnen einfach unser Ohr leihen für ihre Probleme. Die meisten Geflohenen hadern nicht mit den kulturellen Unterschieden, sondern mit sozialer Abgrenzung und nicht enden wollender Langeweile in den Unterkünften. Sie finden einfach keinen Kontakt zur übrigen Bevölkerung, obwohl einige von ihnen Fremdsprachen sprechen. Alle sind bereit und interessiert, sehr schnell Deutsch zu lernen und zu arbeiten. Aber in der Ödnis des Alltags in den Flüchtlingsunterkünften gehen jeder Elan und jede Zuversicht verloren. Und jetzt werden sie auch noch entrechtet mit der Einführung des Asylpakets II (s.u.). Die zu erwartende Kürzung der Wartezeiten geht voll zulasten ihrer Schutzansprüche.

Viele sind nach dieser Warterei, Isolierung und Arbeitsverhinderung trotz Anerkennung derart demoralisiert und psychisch erschöpft, dass sogar Syrer oder Iraker zurück in ihre von verschiedenen Kriegsparteien terrorisierte Heimat wollen! Dies sollte uns zu denken geben.

Was also fehlt, sind soziale Kontakte. Nun sind die Empfänger dieses Newsletters sicherlich nicht diejenigen, die Angst vor dem direkten Kontakt zu Menschen nicht-deutscher Herkunft haben. Wenn wir diesen entspannten Umgang nun vermitteln könnten, wäre schon wieder mehr Gelassenheit und Freundlichkeit im

interkulturellen Miteinander. Mahatma Gandhi soll gesagt haben: „Wir meinen, dass der Hass das größte Problem der Menschheit sei. Es ist nicht der Hass, es ist die Angst.“ Das schließt unbegründete und diffuse Ängste ein.

Die Medaille hat auch noch eine Kehrseite: Im letzten Jahr haben sich die Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte nicht verdoppelt oder verdreifacht, was schon einen sehr ernsten Anlass zur Sorge geben sollte. Sie haben sich VERACHTFACHT! Allein in NRW gab es im Januar dieses Jahres 33 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, mehr als im ganzen Jahr 2014! Neuerdings warnt sogar die Polizeigewerkschaft vor der sprunghaften Zunahme rechter Gewalt. Wie verroht müssen Menschen sein, die nicht merken, welche Gewalt sie Schutzsuchenden antun, die vor genau solchen Angriffen geflohen sind?! Tendenziöse Berichterstattung wird rassistische Hetze leider noch befeuern.

Einen intelligenten, wenn auch hinsichtlich der Verfolgung sexueller Übergriffe nicht ganz konsequenten Kommentar zum Thema hat der Zeit-Kolumnist und Bundesrichter Thomas Fischer verfasst, zu lesen unter <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-01/sexmob-koeln-kriminalitaet-strafrecht-fischer-im-recht/komplettansicht>

## **Aus der Kommune**

### **Flüchtlingsunterkünfte, mal wieder**

Im August 2015 war die Stadt Essen im „Krisenmodus“ und beschloss die Errichtung von acht – inzwischen zehn – Zelt-Notunterkünften für jeweils 400 bis 800 Menschen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit. Mittlerweile wissen wir, dass die Zelte nicht nur für die Flüchtlinge sehr unkomfortabel sind, sondern auch für die Stadt die teuerste Unterbringungsform. Nun soll Ende Februar endlich ein Konzept beschlossen werden „mit dem Ziel, rund 11.600 Plätze in festen, einfachen Flüchtlingsunterkünften zu schaffen“ - wenn das reicht - mit wiederum je 400 bis 800 Plätzen pro Standort. Gleichzeitig sollen alle sogenannten ‚Flüchtlingsdörfer‘ (Zeltstandorte) abgebaut werden.

Die Planung von Unterkünften mit solch großen Kapazitäten setzt große Flächen voraus, die es außer in Landschaftsschutzgebieten überwiegend in den ohnehin strukturschwachen Stadtteilen gibt. Sowohl die Größe als auch die Verteilung im Stadtgebiet haben verständlicherweise zu erheblicher Unruhe geführt.

Für einen besseren Überblick hier die nackten aktuellen Zahlen (Stand Anfang Februar): Zurzeit sind knapp 4.700 Flüchtlinge in Unterkünften untergebracht, davon etwa 2.500 in Zelt-Notunterkünften und 800 in anderen Behelfseinrichtungen. Damit hat Essen seine Quote von 2015 aber noch um rund 2.000 Menschen unterschritten - wie einige andere kreisfreie Städte auch -, obwohl es monatlich etwa 700 Flüchtlinge aufnimmt. Das MIK (Ministerium für Inneres und Kommunales, Nordrhein-Westfalen) fordert nun eine schnelle Aufnahme der noch ausstehenden Personen.

Eigentlich hatten alle Oppositionsparteien im Rat deutlich kleinere Unterkünfte auf kleineren Flächen im gesamten Stadtgebiet gefordert. Dafür gibt es von vielen Seiten geeignete Flächenvorschläge. Dennoch

scheint sich die interfraktionelle Arbeitsgruppe unter dem – teils selbst verschuldeten Zeitdruck - aktuell nur auf Massenunterkünfte einigen zu können, die auch noch teilweise auf umstrittenen Flächen liegen.

Mittel- und langfristig bleibt zu hoffen, dass es nicht dabei bleibt. Für Bewohner der Unterkünfte wie für die Stadt wären einzig überschaubare Einheiten zu verantworten. Denn nicht nur wir „Gutmenschen“ weisen auf die sozialen und psychologischen Probleme solcher erzwungenen Zusammenpferchungen hin. Auch in einer Studie des bayrischen LKA heißt es: „Durch die Unterbringung schaffen wir den Nährboden für viele Straftaten“. Nachzulesen unter:

<http://www.derwesten.de/politik/fluechtlinge-bringen-nur-wenig-neue-kriminalitaet-aimp-id11514960.html>

### **Beschulung geflüchteter Kinder**

Beim Lesen der Schlagzeile „Ein neuer Schultyp nur für Zuwanderer entsteht“ in der WAZ vom 15.01.2016 schreckten wir auf und fragten uns, wie Integration gelingen soll bei längerfristiger Abschirmung. Dies sind die Hintergründe für die Maßnahme:

- Es werden nicht nur Flüchtlinge in sogenannten Seiteneinsteigerklassen beschult, sondern andere Kinder ohne oder mit geringen Sprachkenntnissen. In Essen gibt es zurzeit 2.000 „Seiteneinsteiger“.
- In der Not wurden auch Fahrdienste eingerichtet, um beispielsweise Grundschüler vom Pläßweidenweg in Steele nach Kettwig zur Schule zu bringen und zurück.
- Vier ehemalige Schulgebäude müssen reaktiviert werden, weil die Klassen der Schulen in den Bezirken V, VII und VIII sowie in der Nähe von Großunterkünften voll sind und es keine weiteren Räume mehr gibt. Die 30 zusätzlich zugewiesenen Lehrer lösen dieses Problem in Essen nicht.

„Für alle separaten Schulgebäude gelten aber die bisherigen Standards der Seiteneinsteigerbeschulung“, versichert auf unsere Nachfrage Frau Möllenbeck, Leiterin des Fachbereichs Schule der Stadt Essen. Wie das in der Praxis aussieht, werden wir demnächst berichten.

### **Niederschwellige Sprachkurse**

Das Ende letzten Jahres von der Bundesagentur für Arbeit aufgelegte Programm zur schnellen kulturellen und arbeitspolitischen Integration von Geflüchteten bestimmter Herkunft wurde mehr als ausgeschöpft. Menschen aus Syrien, dem Iran und Irak sowie aus Eritrea, also diejenigen mit der sogenannten hohen Bleibeperspektive, wurden Sprach- und Orientierungskurse schon während des Asylverfahrens vermittelt, allerdings auch nur in Umfängen von 300 Unterrichtsstunden. Da dieselbe Zielgruppe neuerdings schon während des Asylverfahrens berechtigt ist, an den richtigen Integrationskursen teilzunehmen, hat sich diese „Brückenmaßnahme“ erübrigt.

Wir freuen uns sehr über diesen Schritt in die richtige Richtung. Im Sinne schnellerer Integration wären solche Angebote allerdings für eine größere Teilnehmergruppe wie langfristig Geduldete oder Geflüchtete mit subsidiärem Schutz etc. sowie die Mehrheitsgesellschaft sehr zu begrüßen.

## Rechtliches

### **Beim Thema „Asylpaket II“ schließen wir uns der Presseerklärung von Amnesty International, Deutscher Anwaltverein und PRO ASYL (Frankfurt) an: Menschenrechte in Gefahr**

„Die Bundesregierung setzt mit dem am Mittwoch beschlossenen Asylpaket II auf eine Politik von Härte und Unverhältnismäßigkeit gegenüber Menschen auf der Flucht, kritisieren Amnesty International, Deutscher Anwaltverein (DAV) und PRO ASYL. „Die neuen beschleunigten Verfahren gefährden massiv die Menschenrechte von Flüchtlingen“, sagt Selmin Çalışkan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. „Anstatt zu gewährleisten, dass Asylanträge einfach schneller bearbeitet werden, was gerade für die Betroffenen wichtig ist, werden die Verfahren verschlechtert. Der Zeitdruck auf die Sachbearbeiter wird erhöht, und die individuellen Gründe für Flucht und Asyl können kaum noch geprüft werden.“

Bei den Schnellverfahren gelten extrem kurze Fristen. Insbesondere Flüchtlinge ohne Papiere werden diesen Verfahren unterworfen, weil ihnen eine mangelnde Mitwirkungsbereitschaft im Asylverfahren unterstellt wird. Damit wird das Schnellverfahren zum Standardverfahren. PRO-ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt warnt: „Es darf keine rechtsschutzfreien Räume geben, Schnell-Ablehnungen dürfen nicht zum Standard werden.“

In den besonderen Aufnahmezentren ist keine kostenlose Rechtsberatung vorgesehen. Faire Asylverfahren und die Korrektur von Fehlentscheidungen durch die Arbeit von Rechtsanwälten sowie Gerichten werden kaum noch möglich sein. „Um der Rechtsweggarantie des Grundgesetzes zu entsprechen, ist es erforderlich, dass jeder Flüchtling in jedem Stadium des Verfahrens die Möglichkeit hat, sich anwaltlich beraten und vertreten zu lassen“, sagt Rechtsanwältin Gisela Seidler, Vorsitzende des Ausschusses Ausländer- und Asylrecht des Deutschen Anwaltvereins. „Deshalb ist es erforderlich, neue Modelle der Finanzierung der anwaltlichen Beratung zu finden.“ Wegen des jüngst eingeführten Sachleistungsprinzips verfügen viele Asylsuchende gar nicht über die finanziellen Mittel, um einen Rechtsanwalt zu beauftragen.

Selbst Menschen, die krank oder durch Erlebnisse in ihrem Herkunftsland schwer traumatisiert sind, können mit dem neuen Gesetz leichter abgeschoben werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass von Gesetzes wegen eine Vermutung besteht, „dass der Abschiebung gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen“. Reichen Kranke ein ärztliches Attest nicht unverzüglich ein, bleibt dieses unberücksichtigt. Atteste von Psychotherapeuten sollen nicht ausreichen, obwohl hier eine besondere Expertise in der Traumabehandlung und -diagnose besteht. „Die Regierung gefährdet so das Leben und die Gesundheit der Betroffenen“, kritisiert Burkhardt.

Laut Gesetzentwurf soll der Familiennachzug für subsidiär Geschützte, zum Beispiel Menschen aus Kriegsgebieten, für zwei Jahre ausgesetzt werden. In der Praxis würde dies mit dem Asylverfahren und der Bearbeitungszeit für den Antrag auf Zusammenführung eine mehrjährige Trennung von Familien bedeuten. Die drohende Aussetzung des Familiennachzugs wird den derzeitigen Trend verstärken, dass Kleinkinder, Kinder und Frauen sich auf die lebensgefährliche Fluchtroute und in die Hände von Schleusern begeben. „Mit dieser Politik unterläuft die Bundesregierung ihren selbstgestellten Anspruch auf eine zügige Inte-

gration in Deutschland“, sagt Çalışkan. „Die Zusammenführung mit ihrer Familie und das Wissen um ihre Sicherheit sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass Geflüchtete Perspektiven für das Leben in einem neuen Land entwickeln und Traumata von Krieg und Flucht verarbeiten können.“

Der Vorschlag, Tunesien, Algerien und Marokko zu „sicheren“ Herkunftsstaaten zu erklären, stößt auf massive Kritik. Çalışkan: „Das Konzept der 'sicheren Herkunftsländer' ist nicht mit dem Recht auf ein individuelles Asylverfahren vereinbar. In Bezug auf die Maghreb-Staaten scheint die dortige Menschenrechtssituation bei den Überlegungen überhaupt keine Rolle gespielt zu haben.“ In Marokko und Tunesien dokumentiert Amnesty seit Jahren Folter durch Polizei und Sicherheitskräfte. In beiden Ländern wurden Homosexuelle wegen ihrer sexuellen Orientierung vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen verurteilt. In Tunesien, aber auch in Algerien, wird das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt.

Die Organisationen werfen der Bundesregierung vor, Menschenrechtsverletzungen in diesen Staaten zu ignorieren und stattdessen Persil-Scheine auszustellen, die dazu führen, dass in den Eilverfahren die Fluchtgründe praktisch nicht mehr geprüft werden.“

--

Es zeigen übrigens verschiedene neue und alte Kriminalstatistiken: Menschen in familiärem Umfeld entwickeln weniger Hang zu Kriminalität als Alleinstehende (vgl. *Ulf Kühn, Kripochef Braunschweig und – Stellvertretender Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter: „Soko Asyl“, riva Verlag, München 2016*). Insofern ist das Asylpaket II für die gesamte Gesellschaft in Deutschland ein großer Schritt in die falsche Richtung. Wegen anstehender Wahlen ist sich die deutsche Regierung aber offenbar nicht zu fein, populistische Maßnahmen zu ergreifen (s.o.). Solche Verfahren sind für einen Rechtsstaat eine Schande!

## Über den Tellerrand

**Ein Arzt aus einer Erstunterkunft für Flüchtlinge fragt sich: „Welchen Selbstanspruch haben wir an unsere Kultur?“ Nie habe er so viel Verzweiflung auf einem Haufen gesehen.**

„Berlin. Eine bewegende Schilderung seiner Arbeit als behandelnder Arzt in einer Erstunterkunft für Flüchtlinge im bayerischen Erding hat dem Mediziner Raphaele Lindemann binnen weniger Stunden große Aufmerksamkeit im Internet verschafft. Der Facebook-Post vom Donnerstagabend wurde inzwischen über 160.000 Mal geteilt, zahlreiche Internetnutzer zeigten sich bewegt. Der Journalist und Satiriker Jan Böhmermann sprach von einem »bemerkenswerten Text«.

Arzt Lindemann ist in der Einrichtung, wie diese gegenüber Medien bestätigte, seit einigen Wochen für die Erstversorgung der ankommenden Flüchtlinge zuständig. »Ich habe mir vorgenommen, diesen Bericht möglichst neutral zu verfassen. Das ist mir allerdings aufgrund der erschütternden Realität nicht gelungen«, schreibt der Mediziner - sein Post auf Facebook sei auch mit der Leitung der Einrichtung abgesprochen.

»Ich kann Euch versichern, dass es absolut unmöglich ist, z.B. einen Fuß mit Erfrierungen zu versorgen, der über 500km in kaputten Schuhen, mit nassen Strümpfen durch den Winter marschiert ist und dabei durch eine »naive rosarote Gutmenschbrille« zu schauen. Oder einen 4 Wochen alten Säugling in feuchter Kleidung mit Lungenentzündung zu behandeln, der zusammen mit einem Einjährigen und einer Vierjährigen, ganz alleine von der Mutter über das Mittelmeer, über Griechenland bis hier her geschafft wurde und sich dann den Vorwurf der Weltfremdheit anzuhören. Das hier ist die Welt!« Der Vater der drei Kinder sei »übrigens in Syrien ums Leben« gekommen.

Die Flüchtlinge würden »in einem absolut desolaten und erbarmungswürdigen Zustand« in Deutschland ankommen. Er »sehe pro Schicht etwa 300-500 Flüchtlinge. Mindestens 40% davon sind KINDER! Es gibt Familien, es gibt Alte und ja – es gibt auch junge Männer. Warum auch nicht? Allen gemein ist, dass sie absolut entkräftet und fertig sind. Ich habe bisher nie so viel Elend und Verzweiflung auf einem Haufen gesehen.«

Lindemann berichtet vom Beispiel einer Frau, »deren Beine komplett verbrannt waren. Keine Ahnung wie sie es überhaupt bis zu uns geschafft hat. Wir haben allein eine halbe Stunde gebraucht, um die festgeklebten, schmutzigen und stinkenden Verbände von den vereiterten Wunden zu lösen. Da war aber kein Klagen und da war keine Anspruchshaltung. Diese Frau hat Dankbarkeit ausgestrahlt, weil sie endlich in Sicherheit ist und sich jemand um sie kümmert.«

Lindemann weiter: »In der aktuellen Situation müssen wir uns verdeutlichen, welchen Selbstanspruch wir an unsere Kultur haben. Natürlich könnten wir die Grenzen dicht machen und so tun als wäre Merkel an allem Elend dieser Welt schuld. Aber glaubt denn wirklich irgendwer damit wäre das Problem gelöst? Ich höre hier im Lager durchgehend weinende Kinder. Und ich weiß, dass sie dann halt vor unseren Grenzen weinen würden. Würden wir damit unsere Zivilisation retten? Nur weil wir es dann nicht mehr sehen und im Fernsehen einfach bequem umschalten können?«

»Was sich für Deutschland in erster Linie durch den Flüchtlingsstrom geändert hat, ist die Tatsache, dass wir zum ersten Mal eins zu eins mitbekommen, was in den armen Ländern dieser Welt absolut üblich ist: Wir nehmen Flüchtlinge im großen Maßstab auf und beweisen dadurch Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft und sind bereit wenigstens einen kleinen Teil der Zeche zu zahlen, die die westliche Welt mit ihrer Außen- und Wirtschaftspolitik arrogant hat anschreiben lassen.«

Seine ausführlicher, von politischen Einschätzungen durchzogener Bericht endet mit der Schilderung eines Einzelschicksals: In der Nacht zum Donnerstag habe man eine junge Schwangere im Lager aufgenommen, »die keine Kindsbewegungen mehr gespürt hat. Sie sorgte sich, dass durch das lange Treiben im Mittelmeer – nachdem der Schleuserkutter gekentert war – nun auch ihr letztes Kind gestorben sei. Ihre zwei anderen Kinder sind bereits auf der Flucht im Meer ertrunken weil sie keine Kraft mehr hatte«. Menschen würden »leiden und sterben. Jetzt. Und wir können das verhindern. Wir schaffen das«, so der Arzt.“

*Quelle: neues deutschland - Sozialistische Tageszeitung vom 30.01.2016*

## Termine + Tipps

### Plenumssitzung:

Die nächste Plenumssitzung findet am Dienstag, den 16.02.2015 um 18.30 Uhr wieder in unserer Geschäftsstelle statt. Neben den Nachrichten aus unserer Beratungspraxis haben wir Pastor Fikret Durakovski aus Mazedonien gewinnen können, der u. a. Flüchtlingen entlang der Balkanroute hilft.

Er ist zurzeit als Tourist für drei Monate in Essen. In Mazedonien ist er an sieben Tagen die Woche in der Jugendarbeit unterwegs. Neben Seelsorge, Diakonie und Evangelisation gibt er Jugendlichen Selbstverteidigungs- und Trommelkurse. Er berichtete auch über die schwierige Situation alter Menschen, die in Keller abgeschoben werden. Auch hier ist seine Kirche aktiv, wie in der Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen auf der Balkanroute. Das Erstaunliche ist: Für seine Arbeit bekommt er keine Vergütung. Seinen Lebensunterhalt bestreitet er mit der Verpackung von Tomaten und Paprika ab 4.00 Uhr morgens im Großmarkt. Nach einigen Stunden macht er sich dann an seinen Dienst für die Kirche.

Seine Schilderungen werden ein lebendiges Bild von der Situation in Mazedonien liefern, nicht nur für Flüchtlinge. Alle Mitglieder und Interessierten laden wir dazu herzlich ein.

### VHS-Veranstaltungen zum Thema „Fluchtursachen“

Zum Thema „Westbalkan“ haben wir auch schon im Rahmen der Reihe „Fluchtursachen im Fokus“ den Vortrag von Professor Max Prym gehört. Sie wird von der Antifa Essen Z in Kooperation mit dem Asta der Uni Duisburg-Essen, der Volkshochschule und ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen organisiert. Die Termine für die allgemeine Beleuchtung des Phänomens sowie zur Herkunftsregion (West-)Afrika sind schon verstrichen, aber am nächsten Dienstag, dem 09.02.2016 um 19 Uhr in der VHS wird noch das Thema „Die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten: Warum gerade jetzt?“ behandelt. Referent ist Herr Dr. Oliver Piecha, promovierter Historiker, freier Journalist und Autor mit Schwerpunkt Naher Osten und Mitbegründer der deutsch-irakischen Hilfsorganisation Wadi e. V.

Dabei sollen Aspekte wie der „arabische Frühling“, religiöse und ethnische Konflikte sowie Machtinteressen behandelt werden. Auch wird der Frage nachgegangen, warum seit der zweiten Jahreshälfte 2015 plötzlich so viele Menschen aus dem Nahen Osten nach Europa kommen.

Nachdem schon bei der ersten Veranstaltung der Raum wegen großen Zulaufs gewechselt werden musste, freuen wir uns über das anhaltende Interesse und wünschen Ihnen und Euch auch beim letzten Termin einen interessanten Vortrag mit neuen Erkenntnissen.

*ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V., Friedrich-Ebert-Str. 30, 45127 Essen  
Tel.: 0201-20539, E-Mail: [info@proasylessen.de](mailto:info@proasylessen.de), [www.proasylessen.de](http://www.proasylessen.de),*

*Redaktion: K. Richter, I. Jatta, M. Rehmman*